Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2569

23. 06. 88

Antrag

der Abgeordneten Frau Oesterle-Schwerin, Frau Teubner und der Fraktion DIE GRÜNEN

Verkaufsstopp für Wohnungen des bundeseigenen Salzgitter-Konzerns

Die zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehörende Erzbergbau-Vermögensverwaltungsgesellschaft will 3 387 Mietwohnungen verkaufen.

Die Vorbesitzerin, die Gemeinnützige Salzgitter Wohnungs AG, hatte 1980 nach einer erfolglosen Verkaufsaktion diese Wohnungen an die jetzige Eigentümerin verkauft, die nicht gemeinnützig ist. 1983 scheiterte ein zweiter Verkaufsversuch am Widerstand der Mieterinnen und Mieter.

Gegen die erneute Verkaufsaktion setzten sich die Bewohnerinnen und Bewohner mit einer Initiative zur Wehr. Betroffen sind vorwiegend ehemalige Vertriebene, Rentnerinnen und Rentner sowie ehemalige Betriebsangehörige, die von der Salzgitter AG entlassen wurden.

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden von der mit dem Verkauf beauftragten Maklerfirma Dr. L. in Stuttgart unter starken Druck gesetzt, obwohl viele ihre Wohnung nicht kaufen können. Unabhängige Berater dürfen an den Verkaufsgesprächen nicht teilnehmen.

2. Die Käuferinnen und Käufer werden in unkalkulierbare finanzielle Risiken gezwungen:

   — Die wirtschaftliche Entwicklung der Region ist ungewiß, da die Privatisierung von VW beschlossen wurde und Privatisierungspläne für die Salzgitter AG bestehen.

   — In den Verkaufsgesprächen werden bei der zukünftigen Belastung der Käufer nur Instandhaltungsrücklagen von jährlich 5 DM/qm angesetzt, die nur ein Drittel der in der Zweiten Berechnungsverordnung vorgeschriebenen Ansätze für gleichalte Sozialwohnungen betragen. Die Bewohnerinnen und Bewohner berichten von z. T. erheblichen Instandhaltungsrückständen.

3. Der Zwang zur Eigentumsbildung besteht auch trotz Härtefallregelungen für Einzelfälle unvermindert fort. Der Schutz vor Eigenbedarfskündigung für diejenigen, die nicht kaufen können, ist unzureichend.

II. Der Deutsche Bundestag fordert das Bundesfinanzministerium auf, allen Bewohnerinnen und Bewohnern der Salzgitter Wohnungs AG und der Erzbergbau-Vermögensverwaltungsgesellschaft ein Dauerwohnrecht zu garantieren.

Hierzu ist insbesondere notwendig:

1. Die Verkaufsaktion der 3 387 Wohnungen der Erzbergbau-Vermögensverwaltungsgesellschaft wird sofort gestoppt.

2. Die Wohnungsbestände der gemeinnützigen Salzgitter Wohnungs AG werden nicht an die nichtgemeinnützige Erzbergbau-Vermögensverwaltungsgesellschaft verkauft.

3. Die Sozialwohnungen der Salzgitter Wohnungs AG werden nicht aus der Preis- und Sozialbindung herausgelöst.

Bonn, den 23. Juni 1988

Frau Oesterle-Schwerin
Frau Teubner
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333